Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 Oberamtssparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰, Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufträ. wird keine Gewähr übernommen.

№ 280. | Samstag den 29. November 1930. | 88. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der letzte Sonntag, der letzte in diesem Kirchenjahr, der Totensonntag, ist in Württemberg zugleich der jährlich wiederkehrende Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges. Der Bedeutung des Tages entsprechend wurde nach einer Anordnung des Staatsministeriums im ganzen Lande öffentliche Trauerfeiern abgehalten. An den öffentlichen Gebäuden wehten die Fahnen halbmast und in allen Kirchen wie am Vortag in allen Schulen wurde der Gefallenen gedacht. Allgemeines Trauergeläute von den Kirchen kündete weithin den Schmerz um die zwei Millionen Toten, die Deutschland im Weltkriege zu beklagen hat. In der Landeshauptstadt veranstaltete die württembergische Regierung zusammen mit der Stadtverwaltung eine gemeinsame Gedenkfeier auf dem Waldfriedhof. Einmütig scharte sich am Sonntag das schwäbische Volk auf den Friedhöfen und um die Kriegerdenkmale und gedachte in Treue und Dankbarkeit der schweren Kriegsopfer.

Am nächsten Sonntag beginnt die Adventszeit und damit die Vorbereitung auf Weihnachten. Die fröhlichen Weihnachtslieder kommen an den langen Winterabenden wieder zu Recht und Alt und Jung freut sich auf das Weihnachtsfest, das uns den Glauben an die erlösende Kraft einer frohen Botschaft bringt. Vielerlei Sorgen lasten auf dem Einzelnen wie der Gesamtheit und lassen nicht überall Advents- und Weihnachtsstimmung aufkommen. Die wirtschaftliche Not war selten größer wie gegenwärtig. Die Arbeitslosenziffer ist ungeheuer groß, so daß man mit großer Sorge dem kommenden Winter entgegensieht. Aber die Erinnerung, daß wir noch schwerere Winter erlebten und überstanden haben, die Kriegswinter ohne Nahrung und Heizung und die Winter der Inflationszeit mit der Not unseres Geldwesens läßt uns umso mehr erhoffen, daß auch die jetzige Krise gnädig an uns vorbeigehen wird.

Der württembergische Landtag ist in dieser Woche zum letztenmal vor Weihnachten zu einer kurzen Tagung zusammengetreten. Er hat diesmal eine sehr lange Ferienpause gehabt. Fast fünf Monate sind es her, daß er nicht mehr zusammengetreten war. Das weiße, was im Lande zu tun ist, ist eben reine Verwaltungsarbeit, die die Regierung ohne das Parlament macht und immer weniger ergibt sich das Bedürfnis nach Gesetzesvorlagen, die vom Parlament zu verabschieden sind. Bei dieser Tagung liegen wieder drei Gesetze vor, nämlich das Ausführungsgesetz über die Bürgersteuer, das Dritte Aenderungsgesetz zum Feldbereinigungsgesetz und der Entwurf einer neuen Landesgebührenordnung. Im übrigen wird die Tagung mit der Aussprache über Große Anfragen betr. Schaffung von Arbeitsgelegenheit, Winterbeihilfen für die Erwerbslosen und Wohnungsbau ausgefüllt sein. Länger als vierzehn Tage wird die Erledigung der vorliegenden Tagesordnung den Landtag kaum in Anspruch nehmen. Die Abgeordneten werden sich dann wieder größerer Weihnachtsferien erfreuen dürfen.

Die Gehalts- und Lohnsenkungsaktion erscheint in der öffentlichen Meinung nur dann erträglich, wenn sie unmittelbar mit der Preissenkungsaktion verbunden ist. Anfänge zur Preissenkung sind gemacht worden, aber sie sind noch zu bescheiden, um die Verbraucherkreise schon vollkommen zufriedenstellen zu können. Man setzt die Hoffnung auf den vom Reichskabinett eingesetzten „Sonderausschuß der Arbeits- und Preisfragen", der sich die Verbilligung des Verbrauchs und die Senkung der Lebenshaltungskosten zur Abschwächung der Wirkungen aus der Kürzung der Gehälter und Löhne zum Ziel gesetzt hat. Der Ausschuß fordert die Verbraucher und insbesondere die Hausfrauen auf, auch ihrerseits an dem Druck auf die Preisgestaltung mitzuwirken. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat ein scharfes Eingreifen der Reichsregierung in Aussicht gestellt, wenn die gebundenen Preise der Kartelle, die in letzter Zeit gegenüber den veränderlichen Weltmarktpreisen unbeweglich gestanden hätten, sowie die Preise für Markenartikel nicht freiwillig heruntergesetzt würden. Der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff hat an die Beamten den Appell gerichtet, die Gehaltskürzungen verständnisvoll zu ertragen, da sich vielleicht herausstellen würde, daß man schließlich nicht von einer Herabsetzung der Gehälter, sondern nur von einer Angleichung an das gesunkene Preisniveau sprechen könne.

Es ist ein Erfolg des Reichskanzlers in der Reichsregierung, daß der Reichsrat tatsächlich in 14 Tagen so wie der Reichskanzler gewünscht hatte, das große Sanierungswerk verabschieden konnte. Vom Reichstag, der am 3. Dezember wieder zusammentritt, erwartet die Regierung, daß er in gleich schneller Weise arbeitet und bis Weihnachten das große Gesetzgebungswerk zum Abschluß bringt, abgesehen von den Etatberatungen, die sich in der üblichen Weise im ersten Vierteljahr des neuen Jahres abspielen werden.

Deutschland.

Hindenburg und der Stahlhelm.

Auf der Romreise einer Anzahl Stahlhelmmitglieder haben diese Mussolini das Abzeichen des Stahlhelms überreicht. Wie man jetzt hört, hat Reichspräsident von Hindenburg in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Stahlhelms diesen Schritt nicht gebilligt. Von der Bundesleitung des Stahlhelms wird darauf hingewiesen, daß es sich nicht um eine offizielle Abordnung des Stahlhelms gehandelt habe, „sondern um einen Vorgang, der sich aus den Umständen des überraschend begeisterten Empfanges einer Stahlhelmstudienfahrt ergab. Das Büro des Herrn Reichspräsidenten ist alsbald über die tatsächlichen Zusammenhänge und den durchaus inoffiziellen, politische Zweckbedeutung entbehrenden Charakter der Studienfahrt unterrichtet worden. Es besteht also zwischen dem Ehrenmitglied und der Bundesführung des Stahlhelm keine Verschiedenheit in der Auffassung." Hieraus geht hervor, daß auch die Bundesleitung des Stahlhelms nicht ganz mit dem Auftreten der Stahlhelmkameraden in Rom einverstanden ist. Es besteht kaum ein Zweifel daran, daß die Meinungsäußerung des Reichspräsidenten nur persönlich für die Bundesleitung des Stahlhelms bestimmt war.

Warum der Rosenmontagszug verboten wurde.

Köln, 28. Nov. Wie wir erfahren, beruht das Verbot zur Abhaltung des Kölner Rosenmontagszuges ganz besonders auf Vorgängen, die sich im vergangenen Jahre hinter den Kulissen abspielten. Die Polizei hatte nämlich Wind davon bekommen, daß der Karnevalszug von kommunistischer Seite sabotiert werden sollte. Und tatsächlich gelang es auch am Rosenmontag vergangenen Jahres den vereinten Bemühungen der Kölner Polizei und 400 auswärtigen Kriminalisten, die man in Köln zusammengezogen hatte, mehrere Züge, so besonders einen von Kommunisten vollbesetzten Zug aus Essen, kurz vor Köln auf offener Strecke zum Halten zu bringen und wieder ins westfälische Gebiet abzuschieben, nachdem man eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen hatte. Daß ein Sabotageakt größten Stils geplant war, ging aus gedruckten Parolen hervor, die man bei einzelnen Mittätern fand, und die besagten, daß der Karnevalszug „kurz und klein" geschlagen werden solle. Diese Vorgänge, die damals nicht an die Oeffentlichkeit gelangten, dürften die besondere Veranlassung zu dem diesjährigen Verbot gewesen sein, das übrigens in der Bevölkerung mit Genugtuung aufgenommen wurde.

Regiefehler Krylenkos.

Berlin, 28. Nov. In dem Moskauer Prozeß gegen die „Industriepartei" sind der Sowjet-Anklagebehörde in ihrem Uebereifer zwei große Fehler unterlaufen. So soll der Angeklagte Ramsin zugegeben haben, daß er zwischen dem 5. und 10. Oktober 1928 in Paris mit dem Führer des Industrie- und Handelsverbandes, Rjabuschinskij, verhandelt habe. Dazu wird jetzt in der in Paris erscheinenden russischen Emigrantenzeitung festgestellt, daß dieser Mann bereits am 19. Juli 1924 gestorben ist. Weiter beschuldigt die Anklageschrift im Jahre 1927/28 den Plan entworfen zu haben, bei dem Gelingen der Konterrevolution A. Wischnegradskij zum Finanzminister des neuen Rußland zu ernennen. Aber auch der ist bereits am 9. Mai 1925 gestorben und auf dem Pere-Lachaise-Friedhof beigesetzt worden. Der „Vorwärts", dem wir diese Darstellung entnehmen, bemerkt dazu: „Vor einem unabhängigen Gericht würden diese beiden Fälle genügen, um das ganze Verfahren der Untersuchungsbehörde und das gesamte Material der Anklageschrift in Zweifel zu ziehen. Bei dem Moskauer Gericht wird man das freilich nicht erwarten dürfen."

Die „Rote Fahne" bringt Zuschriften, die sich mit dem Prozeß beschäftigen. Man kann sich schwer eine gemeinere Gesinnung darstellen, als sie aus diesen zeitgenössischen Dokumenten spricht. „Erschießen, erschießen!" ist das Losungswort, das in den verschiedensten Variationen wiederkehrt. Aber das ist manchen noch nicht genug. So wird in einer dieser Zuschriften verlangt, daß die Angeklagten nicht erschossen, sondern unter das Volk geführt und in Stücke gerissen werden sollen. Die Kameradschaft 1 des Rotfrontkämpferbundes Danzig bittet dringend, das Urteil ehrenamtlich vollstrecken zu dürfen. In diesen Stilblüten blindwütigen Hasses geht es weiter.

Richtigstellung der „Matin"-Meldung über den Schritt des Botschafters v. Prittwitz.

Berlin, 27. Nov. In der heutigen Meldung des „Matin" über eine Demarche, die Botschafter von Prittwitz bei dem amerikanischen Staatssekretär Stimson über das Problem der Konsulativklausel unternommen haben soll, wird uns von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß gelegentlich eines Besuches des deutschen Botschafters v. Prittwitz im Staatsdepartement u. a. auch über die Abrüstungsfrage gesprochen wurde, daß es sich aber bei dieser Unterhaltung in keiner Weise um eine Demarche wegen Beteiligung Deutschlands an einem eventuellen Konsulativpakt gehandelt habe. Auch die weiteren Behauptungen des „Matin", daß der Staatssekretär Stimson zur Haltung Deutschlands in der Abrüstungsfrage in Genf Stellung genommen habe, entsprechen nicht den Tatsachen.

Ausland.

Der Polizeipräsident als Tröster.

Der Pariser Börsenkrach hat sich im gesellschaftlichen Leben einigermaßen katastrophal ausgewirkt. Sehr viele bisher reiche Leute haben den größten Teil ihres Vermögens verloren und man merkt es den Vergnügungsstätten jeder Art, in den Luxusrestaurant und den Theatern, in den Kabaretts und bei den Sportveranstaltungen, daß die besten Kunden anscheinend lahmgelegt sind. Herr Chiappe, der Polizeipräsident von Paris, erfreut sich in seiner Stadt großer Beliebtheit und zwar nicht nur als vorzüglicher Beamter, sondern vor allem als Mensch und Franzose. Er hat sich veranlaßt gesehen, in einem offenen Briefe an einen Abgeordneten, der laut jammernd die Folgen des Börsenkrachs beklagt hatte, auf dessen Segnungen hinzuweisen. „In meinem eigensten Ressort," so schreibt der Polizeipräsident, „hat sich die Finanzkatastrophe insofern recht günstig ausgewirkt, als etwa 40 Prozent aller Autos zurzeit in der Garage stehen. Dadurch ist der Pariser Verkehr, der mammuthafte Formen angenommen hatte, auf ein menschliches Maß zurückgeführt worden. Aber das ist nicht das einzige Gute im Gefolge des Börsenkrachs. Er hat eine erhebliche Anzahl von Parisern gezwungen, endlich einmal zu Hause zu bleiben und sich daran zu erinnern, daß es eine Familie gibt. Es wird nicht mehr jeden Abend ausgegangen, nicht mehr täglich getanzt und nicht mehr sinnlos Geld ausgegeben. Man wütet nicht mehr gegen seine Gesundheit und viele werden bemerken, wie sich allmählich ihre Nerven kräftigen und ihre Arbeitskraft sich hebt. Sind das nicht Segnungen, die einen schweren finanziellen Verlust voll aufwiegen?"

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Himmelsnähe.

Das ist's, was deine Seele braucht:
Ins ewige Licht das Irdische getaucht.
Strinhausen.

Wird dir die Erde eng, wie weit sind die Himmel!
Klemm.

Das ist das Höchste, was ein Mensch überhaupt erleben kann, daß er etwas von dem in sich wirken fühlt, was nicht von dieser Welt ist, und es sich dann zeigt, daß es stärker ist als alles, was in der Welt ist. Müller.

— Die Bewerber um die Försterstelle Sprollenhaus, Forstbezirks Wildbad, haben sich innerhalb 14 Tagen auf dem Dienstwege bei der Forstdirektion zu melden.

Neuenbürg, 29. Nov. (Advent.) Der kommende Sonntag, der 30. November, leitet als erster Adventssonntag die Adventszeit ein. Der Adventszeit liegt der religiöse Gedanke zugrunde, daß die Menschheit sich auf die alljährliche geistige Wiederkehr des Heilands vorbereitet. Aus diesem Grunde duldet die Kirche in der Adventszeit keinerlei öffentliche Belustigungen. Die in England im Jahre 1849 gegründete Sekte der Adventisten hegt die Hoffnung, daß der Heiland körperlich, allen sichtbar wiederkommen werde. Mit dem ersten Adventssonntag beginnt das neue Kirchenjahr. Die Adventszeit wurde vom Papst Gregor dem Großen auf vier Wochen festgelegt. In der Adventszeit war es in vielen Gegenden unseres Vaterlandes üblich, daß Chorknaben an bestimmten Tagen geistliche Lieder vor den Häusern sangen. Hier und da besteht diese Sitte noch. In Schwaben hat sich die Sitte des „Klopfens" erhalten. Vor Weihnachten ziehen Erwachsene und Kinder von Haus zu Haus und klopfen mit einer Rute an die Tür oder werfen Erbsen oder Linsen gegen die Fenster. Für die Entstehung dieser Sitte gibt es mehrere Erklärungen. Die einen meinen, der Brauch gehe auf die Zeit einer Pestseuche zurück, in der die Leute nur wagten, auf diese Weise zu erfahren, ob ihre Bekannten drinnen noch lebten. Andere erblicken darin ein Ueberbleibsel aus der heidnischen Zeit, in der man glaubte, daß Gottheiten auf der Erde umgingen. Damit scheinen auch die Bräuche zusammenzuhängen, die auf Blicke in die Zukunft hinauslaufen, z. B. das Bleischmelzen, um den Beruf des zukünftigen Gatten zu erfahren, das Horchen am Backofen und vieles andere mehr.

Neuenbürg, 28. Nov. (Bürgermeister und Schultheiß.) Am 1. Dezember wird nach der württ. Gemeindeordnung der Ortsvorsteher in den Landgemeinden seine Jahrhunderte alte Amtsbezeichnung Schultheiß verlieren und mit dem mehr neuzeitlichen Titel Bürgermeister vertauschen. Der Schultheiß war ursprünglich nicht Ortsvorsteher, sondern herrschaftlicher Beamter mit richterlicher und administrativer Gewalt. Der Name Schultheiß ist deutsch, stammt nicht aus dem Lateinischen, sondern wurde als scultetus latinisiert. In mittelalterlichen Urkunden kommt Schulthaiß und Schultes vor, zuerst als herrschaftlicher Beamter in einer Ortschaft, dann später als bürgerschaftlich gewählter Ortsvorsteher. Nach dem 30jährigen Krieg nahmen die Dorfgemeinden allgemein das Recht in Anspruch, die Schultheißen zu wählen. Uebrigens nannten auch Zünfte ihren gewählten Vorsteher Schultheiß, wie z. B. die Hafner und Keßler. Anfänglich war die Befugnis der Schultheißen enger begrenzt, er war eben der Beamte in der Gemeinde, der die Schulden der Bürger, d. h. Gülten, Frohnen und Zinsen für die Herrschaft heischt, bei Strafe von den Untertanen einfordert. Später wurde dann die Kompetenz der Wahlschultheißen stark ausgedehnt in richterlicher, finanzieller, verwaltungstechnischer Beziehung. Aber schon im 13. Jahrhundert wird der Bürgermeister vor dem Schultheißen genannt. Im Lauf der Zeit wurde der Titel Schultheiß im ganzen Reich allmählich entwertet und in manchen Ländern ganz abgeschafft und bildete gewissermaßen eine Art Verkehrshindernis. In Bayern und Baden wußte das Landvolk in entfernten Gegenden nicht, was ein württembergischer Schultheiß für ein Gemeindebeamter ist, denn hier war der unverständliche Name durch den verständlicheren Bürgermeister schon längst ersetzt. Der Bürgermeister war auch schon im 13. Jahrhundert mit dem Emporkommen städtischer Unabhängigkeit neben dem Schultheißen, der als Stellvertreter des Territorialherrn Stadtvorstand war, der von der Bürgerschaft gewählte Vorsteher. Er trat an die Spitze der Gemeindeverwaltung. Später änderten sich die Rollen. Der Bürgermeister wurde besonders in den Landgemeinden der Finanzbeamte, er wurde der Gemeindepfleger. Auf dem Lande heißt in der Verkehrssprache der Gemeindepfleger heute noch Bürgermeister. Der frühere erste Gemeindebeamte, der Bürgermeister, wurde der zweite und der alte Herrschaftsschultheiß wurde der erste. Damit hat die neue Gemeindeordnung aufgeräumt. Der Schultheiß ist tot, es lebe der Bürgermeister!

Birkenfeld, 28. Nov. Ueber die Gasversorgung des oberen Enztales, Birkenfeld bis Wildbad, hat das Oberamt von der technischen Beratungsstelle in Stuttgart ein Gutachten ausarbeiten lassen. Nach diesem Gutachten würden die gesamten, von den Gemeinden aufzubringenden Kosten für das Unternehmen 609 000 RM. betragen. Der durchschnittliche Gaspreis würde sich bei normalem Verbrauch zwischen 29 und 23 Pfg. bewegen. Der Gemeinderat ist in seiner Gesamtheit

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der Ansicht, daß die Versorgung unserer Gemeinden mit Gas sehr wichtig ist. Mit Rücksicht auf die derzeitige unsichere wirtschaftliche Lage, wo Materialkosten und Arbeitslöhne allgemein im Sinken begriffen sind, wird beschlossen, die Gasversorgungsfrage keinesfalls abzulehnen, jedoch sie bis zur Klärung der wirtschaftlichen Krisis zurückzustellen. — Dem Befreiungsgesuch des Friedrich Söhnle, von seinem Gemeinderatsmandat entbunden zu werden, wurde mit 7 gegen 6 Stimmen stattgegeben. An seiner Stelle hätte nun Wilhelm Kraut in den Gemeinderat einzutreten. — Ein Gesuch um Bezahlung einer Miete wurde abgelehnt. — Die Sitzungsgelder des Gemeinderats wurden von 3 R.M. auf 1 R.M. herabgesetzt. Für Teilnahme an Kommissionssitzungen soll nichts mehr bezahlt werden. Gemeinderat Bester erklärt, daß die bürgerliche Fraktion ab 1. Januar 1931 auf ein Sitzungsgeld ganz verzichte, sofern die Sitzungen nach Feierabend stattfinden und den einzelnen Mitgliedern dadurch kein Verdienstausfall entsteht. Gemeinderat Aymar bringt zum Ausdruck, daß diese Verzichtserklärung Sache jedes einzelnen Gemeinderatsmitglieds sei. Der Beschluß bezüglich der Herabsetzung der Sitzungsgelder wurde damit begründet, daß das Gemeinderatsamt eine Ehrenpflicht sei und daß der Gemeinderat in der heutigen wirtschaftlichen Notlage die Gemeindekasse und damit die Allgemeinheit so wenig wie möglich belasten wolle. — Der neu aufgestellte Dienstvertrag mit Ratsschreiber Wucherer wurde genehmigt. — Die frühere Wirtschaft zur „Krone" hier soll nun samt der dazu gehörigen Scheuer zum Verkauf ausgeschrieben werden, nachdem sich gezeigt hat, daß der Pferdestall anderweitig untergebracht werden kann. — Der Waldweg, der zurzeit durch Wohlfahrtserwerbslose gebaut wird, soll nur noch so weit durchgeführt werden, bis die Mittel hiezu im Betrag von 3500 R.M. aufgebraucht sind, demnach könnte nur noch mit einer Arbeitszeit von 14 Tagen gerechnet werden. — Der Weg in der „Sonne"-Siedlung ist in einem sehr schlechten Zustand und das Ortsbauamt wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung einen Kostenvoranschlag für Instandsetzung dieses Wegs einzureichen. — Der Hauswirtschaftsschule werden 50 R.M. zur Verfügung gestellt. — Den Schluß der Sitzung bildeten kleinere Verwaltungssachen.

Birkenfeld, 28. Nov. Am vergangenen Sonntag gaben die beiden Arbeitergesangvereine Vorwärts Birkenfeld und Liederkranz Königsbach im Saal zum „Löwen" ein wohlgelungenes Herbstkonzert. Chormeister Ernst Nonnenmacher, unter dessen Leitung beide Vereine stehen, hatte ein feinsinniges Programm zusammengestellt. Es hatte nur den einen Fehler, daß es sich infolge Zeitmangels zu schnell abwickeln mußte. Chormeister Nonnenmacher hat mit seiner Sängerschar die Erwartungen weit übertroffen. Angenehm aufgefallen ist, auf welch vornehme und mitreißende Art dieser Feuerkopf seine Schar zu führen weiß und das schöne Stimmenmaterial ins hellste Licht rückte. Besonders hervorzuheben ist das Uthmannsche sechsstimmige Chorwerk „Sturm", vom Liederkranz Königsbach gesungen, das mit seinem wuchtigen Ausklang die Zuhörer mitriß. Auch der „Vorwärts" hat seinem Namen alle Ehre gemacht und man darf ihm nur wünschen, daß er auf diesem Wege weiterschreiten und auch einmal die Stärke seines vorbildlichen Brudervereins erreichen möge. Alles in allem, man spürte, daß hier eine Meisterhand am Werke ist, um Schönes zu gestalten. Aber auch Unerfreuliches ist dem Zuhörer aufgefallen, und das war der schwache Besuch des Konzerts vonseiten der Arbeiterschaft. In einer Arbeitergemeinde wie Birkenfeld hätte man dafür mehr Interesse zeigen sollen, zumal hier die verwöhnteste Zuhörerschaft auf ihre Rechnung gekommen wäre. Mk.

(Wetterbericht.) Der Tiefdruck im Norden schwächt sich allmählich ab. Für Sonntag und Montag ist zwar noch zeitweilig bedecktes, aber trockeneres Wetter zu erwarten.

Das Nachtbackverbot.

Im St. N. Tagbl. schreibt A. Colsmann über dieses umstrittene Kapitel nachstehende Abhandlung, die auch im Oberamtsbezirk Neuenbürg starke Beachtung finden dürfte.

Der Verfasser, der als Industrieller und als landwirtschaftlicher Praktiker Hervorragendes geleistet hat, behandelt die Frage einer Senkung der Lebenshaltungskosten von einem großen und umfassenden Gesichtspunkte aus und dürfte auch, wo sie nicht in allen Punkten Zustimmung findet, eine fruchtbare Diskussionsgrundlage bieten. D. Schriftl.

Das Nachtbackverbot, welches bis zum November 1918 als Kriegsmaßnahme bestand, wurde zu einer dauernden Einrichtung umgewandelt, als die Gewerkschaften nach dem Kriege glaubten, bei weniger Arbeit besser leben zu können und die Genossen im Bäckereigewerbe von den Nachteilen der Nachtarbeit befreit werden sollten; so kam es, daß in Ländern, die den Krieg nicht verloren, der Preis des Brotes niederer, aber seine Qualität besser ist als bei uns. Vor dem Enquete-Ausschuß zur Prüfung der Verhältnisse im deutschen Bäckergewerbe sagten Sachverständige aus, daß der Brotpreis durch Aufhebung des Nachtbackverbotes in den Brotfabriken um 8 Prozent gesenkt werden könne. Der Brotpreis der Berliner Großbäckereien soll jetzt zwangsweise um 4 Prozent gesenkt werden, weil das freie Spiel der Kräfte dort durch Verbandsbeschluß ausgeschaltet wurde. Die Möglichkeit einer weiteren Senkung um 8 Prozent wäre für die gesamte deutsche Volkswirtschaft eine so überaus wichtige Angelegenheit, daß eingehende Erörterung der Frage der Aufhebung des Nachtbackverbots erforderlich wäre.

Die Vertreter des Bäckergewerbes sind es, die heute gegen Aufhebung des Verbotes Front machen, und das Schlagwort „Mittelstandsschutz" hindert die Parteien, zu der Frage eine Stellung zu nehmen, die dem Gesamtinteresse des Volkes entspricht. Vor dieser Barriere scheint selbst die Regierung Halt gemacht zu haben, so daß sie nicht wagte, die Aufhebung des Nachtbackverbotes in ihr Programm aufzunehmen.

Allerdings würde durch Aufhebung des Nachtbackverbotes der Konkurrenzkampf im Bäckereigewerbe der Großstädte verschärft, weil die bestehenden Brotfabriken benützt sein müßten, für die Erzeugung einer weiteren Schicht vermehrten Absatz zu schaffen und das Gewerbe sich der Konkurrenz durch Errichtung eigener Genossenschaftsbäckereien erwehren würde. Seit dem Kriegsende hat sich der Brotkonsum mehr dem Verbrauch von Feingebäck zugewandt, bei dessen Herstellung das Kleingewerbe dem Großbetrieb immer überlegen bleiben wird. Auch die Kundenbäckerei vermittelt vielfach zwischen Hausfrau und Bäcker freundschaftliche Beziehungen, die für das Handwerk trotz Aufhebung des Nachtbackverbots eine Stütze bilden, so daß es seinen gesunden, wenn auch vielleicht nicht immer goldenen Boden auf alle Fälle beibehalten wird. Durch billigere Erzeugung der Massenbrote in Großbäckereien würde aber heute gerade denjenigen Volksgenossen, die am wenigsten bezahlen können, die Brotnahrung verbilligt, ein Ziel, welches selbst dann erstrebenswert für das deutsche Volk sein muß, wenn einige Schwache im Bäckereigewerbe darum fallen müßten.

Für Aufhebung des Nachtbackverbotes sprechen außerdem andere wesentliche Gründe. Die Herstellung wirklich guten Roggenbrotes ist ohne Verlängerung der Arbeitszeit nicht möglich, weil die Teigbereitung einer längeren Gärung bedarf, als sie jetzt möglich ist. Das ist einer der Gründe, weshalb heute in den meisten Städten kein gutes Roggenbrot gebacken werden kann. Selbst Weizenbrot kann bei vermehrter Verwendung deutschen Weizenmehles infolge des geringeren Klebergehaltes, besonders in diesen Jahren, weil die Ernte vielfach nicht trocken genug eingebracht wurde, ohne längere Gärungszeit nicht in bisheriger Güte hergestellt werden. Zur erfolgreichen Durchführung des Beimahlungszwanges würde darum die Aufhebung des Nachtbackverbotes auch eine notwendige Voraussetzung sein. Auch der Milchzusatz bei der Brotbereitung, der längere Gärzeit erfordert, ist auf Kosten der Güte des Brotes in Deutschland zurückgegangen. Die Nachtarbeit im Bäckereigewerbe sollte nicht ungesunder sein, als die in Berg- und Hüttenbetrieben. Wenn auch das deutsche Volk nicht besser leben kann als vor dem Kriege, so liegt doch kein Grund vor, schlechteres Brot zu essen, als notwendig ist.

Ueber den Parteien und den Interessen Einzelner sollte heute die Frage stehen, wie den deutschen Volksgenossen Arbeit und billiges Brot beschafft werden kann. Die Brotverbilligung durch Aufhebung des Nachtbackverbotes ist eine dieser Möglichkeiten, an ihrer Durchführung sollten Bäckerinnungen wie Konsumvereine mitwirken. Bei der Durchführung sollten alle Parteien einig sein.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 28. Nov. **Am 7. Dezember spricht Adolf Hitler in der Stuttgarter Stadthalle. Aus diesem Anlaß kommen die Nationalsozialisten aus dem ganzen Lande zusammen. Die Sozialdemokratie läßt nun durch die Schwäbische Tagwacht einen Aufruf, wonach die Arbeiter es nicht dulden werden, daß Stuttgart faschistisch werden soll. Der Aufruf ist unterschrieben von der Sozialdemokratie, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Reichsbanner schwarz-rot-gold und dem Kartell für Arbeitersport. Diese wollen, wie es in dem Aufruf heißt, den anderen nicht die Straße lassen und es soll deshalb am gleichen Nachmittag im Herzen Stuttgarts eine Demonstration stattfinden.**

München, 28. Nov. **Die bayerische Staatsregierung erließ heute einen Aufruf zur Linderung der Not in den Wintermonaten. Staat und Gemeinden, so heißt es in dem Aufruf u. a., könnten allein die Not nicht überwinden. Auch die Kräfte der Organisationen der freien Wohlfahrtspflege reichen dazu nicht aus. Das Elend könne nur überwunden werden, wenn die Gesamtheit des Volkes zusammenstehe. Wer noch ein, wenn auch bescheidenes Auskommen habe, sei verpflichtet, den Volksgenossen zu helfen, die sich in jener unglücklichen Lage befinden.**

München, 28. Nov. **Im Kohlenbergwerk Hausham (Oberbayern) sind gestern nachmittag der Hauer Johann Pölchl, der Schlepper Johann Gmeinwieser und der Säuberer Ludwig Schleinkofer in einem Abbau durch plötzlich in größerer Menge auftretendes Grubengas erstickt. Ein Steiger, der den Abbau befahren wollte, konnte noch gerettet werden. Für die übrige Belegschaft besteht nach Mitteilung des Oberbergamtes keine Gefahr. Alle Sicherheitsmaßnahmen sind getroffen.**

Eutin, 28. Nov. **In einer gestern abend hier abgehaltenen sozialdemokratischen Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Dr. Leber (Lübeck) über das Thema „Hitlers großer Betrug" sprach, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Nationalsozialisten. Während der Ausführungen des Redners fiel von nationalsozialistischer Seite ein Zwischenruf, der das Signal zu einer wüsten Schlägerei war. Etwa 40—50 Personen wurden verletzt. Ein Nationalsozialist mußte mit einer Stichverletzung ins Krankenhaus gebracht werden.**

Castrop-Rauxel, 28. Nov. **Auf der Zeche „Viktor I und II", Klöckner-Konzern, bei Habinghorst ereignete sich heute morgen gegen 4 Uhr ein schwerer Unglücksfall. In Flöz Getling ging ein Strebpfeiler auf einer Länge von 30 Metern zu Bruch. Ein in der Strecke arbeitender Reparaturhauer konnte sich noch rechtzeitig retten. Die beiden Hauer Wienpahl und Gaßmann, die gleichfalls in der Strecke arbeiteten, dürften jedoch nach Angaben des Geretteten verschüttet worden sein und den Tod gefunden haben. Die Bergungsarbeiten sind im Gange.**

Berlin, 28. Nov. **Wie wir erfahren, ist für heute nicht mehr mit der Veröffentlichung der deutschen Note wegen der polnischen Terrorakte zu rechnen. Bekanntlich hat das Auswärtige Amt diplomatische Schritte eingeleitet, die die Wirksamkeit der Note verstärken sollen. Damit hängt die Verzögerung der Veröffentlichung zusammen. Es ist möglich, daß die Note morgen bekanntgegeben wird.**

Berlin, 28. Nov. **In Ammendorf bei Halle wurden, dem „Lokalanzeiger" zufolge, in einer Schenke Angehörige studentischer Verbindungen, die sich dort zur Abhaltung von Mensuren versammelt hatten, von der Polizei ausgehoben. Laut Mitteilung des Polizeipräsidiums sind die Studenten sämtlich auf freiem Fuß belassen worden. Es wurden nur ihre Namen festgestellt.**

Berlin, 28. Nov. **Wie uns mitgeteilt wird, entspricht die durch ein heutiges Abendblatt verbreitete Nachricht, in der die rechtzeitige Fertigstellung des Gesamtplanes der Reichsregierung als eine unbedingte Voraussetzung für die Ende Dezember notwendig werdenden Kredite bezeichnet wird, nicht den Tatsachen.**

Berlin, 28. Nov. **Eine Mitteilung des Verbandes des vereinigten Berliner Milchhandels besagt, daß der Berliner Milchpreis, der auf Grund der Preisabbauaktion der Reichsregierung von 30 auf 28 Pfg. gesenkt worden ist, ab 29 November wieder auf 30 Pfennig erhöht werden wird. Selbstverständlich wird die schärfste Kritik auf diese Maßnahmen nicht ausbleiben und der Verband sucht dem bereits jetzt dadurch entgegenzuwirken, daß er die Schuld für die neuerliche Verteuerung auf die Landwirtschaft schiebt, die die Milchgrundpreise um zwei Pfennig pro Liter erhöht habe.**

Breslau, 27. Nov. **In Königshütte wurden am Mittwoch von einer sechzig Mann starken bewaffneten Bande der Regierungspartei viele Straßen unsicher gemacht. Die Bande fuhr auf einem Lastkraftwagen kreuz und quer durch die Straßen und forderte die Fußgänger zu Hochrufen auf Pilsudski auf. Wer sich weigerte wurde mißhandelt. Verdächtige Personen mußten die Hochrufe wiederholen. Es wurden gegen zwanzig Personen blutig geschlagen.**

Rom, 28. Nov. **Ministerpräsident Mussolini hat heute den deutschen Botschafter von Schubert empfangen.**

Rom, 28. Nov. **Unter den Maßnahmen der Preissenkungsaktion verdient der heutige Beschluß des Kammerausschusses Erwähnung, der eine zwölfprozentige Herabsetzung der Abgeordnetendiäten vorsieht. Der Vorsitzende des Industriellenverbandes hat beschlossen, alle Aktiengesellschaften aufzufordern, die Tantiemen der Vorsitzenden und Verwaltungsräte um 25 Prozent zu kürzen. Die Leiter der industriellen Unternehmungen haben ihrerseits eine zwölfprozentige Kürzung ihrer Gehälter beschlossen. Ab 1. Dezember werden die Eintrittspreise der Theater und Kinos um 10 Prozent ermäßigt. Die Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände der Industrie haben dem Regierungschef eine Vereinbarung zur Genehmigung unterbreitet, wonach die Löhne der Arbeiter um 8 Prozent und die Gehälter der Industrieangestellten um 8 bis 10 Prozent herabgesetzt werden.**

Paris, 28. Nov. **Der Bankier Oustric ist heute verhaftet worden, aber nicht im Zusammenhang mit der gegen ihn schwebenden Angelegenheit, sondern unter der Beschuldigung, in eine bis zum Jahre 1927 zurückgreifende Angelegenheit verwickelt zu sein.**

Paris, 28. Nov. **Nach Havas wurde in der Kammer die einfache Tagesordnung, die der Abg. Landry (Fraktion Loucheur) gegen die Regierung beantragt hatte, gegen den die Regierung die Vertrauensfrage stellte, mit 279 gegen 293 Stimmen abgelehnt. Die Regierung hat also 14 Stimmen Mehrheit erhalten.**

London, 28. Nov. **Die Zahl der Toten bei dem Erdbeben in Japan wird bisher auf mindestens 300, die Zahl der Verletzten auf 500 geschätzt. Wie ferner noch verlautet, wurde auch der Tanna-Tunnel, an dem seit über zwölf Jahren gebaut wird, in Mitleidenschaft gezogen. Einige Arbeiter sind im Tunnel unter herabstürzenden Erdmassen vergraben worden und es ist zweifelhaft, ob sich der Tunnel überhaupt noch fertigstellen läßt.**

Lissabon, 28. Nov. **Ein Vertreter der Dornierwerke erklärte Journalisten, Do. X werde morgen nach Cadix starten, um dort genau überprüft zu werden. Die bisherige Fahrt habe die Mannschaft in dem Entschluß bestärkt, den Transozeanflug nach Südamerika zu wagen. Der Flug soll im Januar stattfinden. Vor dem Start nach Amerika würden über Lissabon Schauflüge durchgeführt werden.**

New York, 28. Nov. **Zwischen Coyarrubias und Rioseco, nahe Irapuato in Mexiko, stieß ein aus 15 Tierwagen bestehender Zirkuszug mit einem Benzinwaggon zusammen, der sofort explodierte und den Zirkuszug in Flammen gehüllt zur Entgleisung brachte. Bisher waren 14 Tote und 18 Schwerverletzte, die im Hospital eingeliefert wurden, gezählt. Aus den brennenden Tierwagen konnten drei Elefanten, drei Löwen, zwei Jaguare und drei kleinere Raubtiere sich befreien. Die wild gewordenen Elefanten überfielen ein nahe gelegenes Dorf und griffen dort die Häuser an, deren Bewohner sich nur mit Mühe retten konnten. Die Löwen drangen in einen auf dem Nebengeleis stehenden Personenzug, wo in der entstehenden Panik mehrere Fahrgäste umkamen. Erst mehrere Stunden nach dem Ueberfall konnten einzelne Tiere durch Truppen erschossen werden. Andere entkamen in die umliegenden Wälder.**

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 28. Nov. In der heutigen Sitzung des Landtags rügte Präsident Bolz er die sozialdemokratischen und kommunistischen Abgeordneten, die sich gestern Liebenswürdigkeiten an den Kopf geworfen hatten, wie sie der Würde des Hauses nicht entsprechen. Dann setzte man die Besprechung der Großen sozialdemokratischen Anfrage über die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit fort. Der Abg. Mayer (D. Vp.) vertrat die Ansicht, daß man mit Arbeitszeitverkürzung nicht weiterkomme, daß nur Mehrarbeit helfen könne und daß man die Mädchen aus den Betrieben herausholen sollte, um den Männern Platz zu machen. Der Abg. Ulrich (Soz.) trat den Bestrebungen auf Zerschlagung der Arbeitslosenversicherung entgegen, wünschte internationale Vereinbarungen zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise, sah die einzige Möglichkeit für die Hebung der Rentabilität der Landwirtschaft in der Einführung eines Getreidemonopols, sollte der Initiative des Wirtschaftsministers Anerkennung und forderte die Regierung zu einer Weihnachtshilfe für die Erwerbslosen in Höhe von 800 000 Mark auf. Der Abg. Gengler (Ztr.) lobte das Sanierungswerk der Reichsregierung und nannte es die beste Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der Abg. Hagel (BK.) erklärte, Frankreich habe keine Arbeitslosen, weil es die Renten nicht kaputt gemacht und so die Kaufkraft des Volkes erhalten habe. Der Redner verlangte eine ernste Nachprüfung über die voraussichtliche Rentabilität des Neckarkanals. Letzteres Verlangen rief den Abg. Dr. Bruckmann (Dem.) auf den Plan, der zunächst die Wirtschaftslage in düsteren Farben schilderte und sich dann energisch für den Neckarkanal einsetzte, dessen Rentabilität man allerdings erst berechnen könne, wenn einmal die Schiffe von Rotterdam bis Heilbronn fahren. Der Abg. Kling (C. Vp.) stellte darauf den Antrag, das Staatsministerium zu ersuchen, durch unparteiische Fachleute ein Gutachten über die voraussichtliche Rentabilität des Neckarkanals ausarbeiten und dem Landtag vorlegen zu lassen, ferner durch Verhandlungen die Frage zu klären, ob und unter welchen Voraussetzungen Württemberg von bestehenden vertraglichen Verpflichtungen für den Weiterbau des Neckarkanals befreit werden kann, sowie festzustellen, welche weiteren Bauarbeiten am Neckarkanal unbedingt notwendig sind, um die bisher durchgeführten Bauarbeiten zu einem Abschluß zu bringen, der die nutzbringende Verwertung der schon fertiggestellten Bauten ermöglicht. Nach weiteren Ausführungen der Abgeordneten Hammer (Komm. Opp.) und Gauß (Ztr.) sowie einem Schlußwort des Abg. Weimer (Soz.) wurde die Abstimmung über die vorliegenden Anträge auf morgen vertagt. Dann folgte die zweite Beratung eines Ausführungsgesetzes über die Bürgersteuer, wozu der Steuerausschuß eine Entschließung beantragte, das Staatsministerium zu ersuchen, den Landesdurchschnitt der Gemeindesteuern nach der Verordnung des Reichspräsidenten im Benehmen mit dem Steuerausschuß des Landtags festzusetzen. Die Abgeordneten Winker (Soz.) und Albert Fischer (Komm.) sprachen sich gegen die Bürgersteuer aus, weil sie ungenügend gestaffelt sei, während die Abgeordneten Häcker (BB.), Dr. Burger (D. Vp.) und andere darauf hinwiesen, daß die Regierung auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten zu diesem Gesetz verpflichtet sei, das seinesgleichen in den freiheitlichsten Ländern der Welt schon längst existiere und sicher eine segensreiche Wirkung haben werde. Ministerialdirektor Dr. Fischer sicherte zu, daß jede Aenderung der Bürgersteuer im Reich sich sofort auch auf die Länder auswirken werde. Nach weiterer teilweise erregter Aussprache wurde das Gesetz in 2. und 3. Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen. Es war bereits 8¼ Uhr geworden, als der Abg. Schüler (Soz.) noch eine Große Anfrage seiner Partei betr. den Wohnungsbau eingehend begründete. Staatspräsident Dr. Bolz wies in seiner Antwort darauf hin, daß Württemberg im Jahr 1930 wieder 29 Millionen für den Wohnungsbau ausgegeben hat, daß 9240 Neubauwohnungen damit finanziert wurden und daß außerdem 1,3 Millionen für Instandsetzung alter Wohnungen ausgegeben worden sind. Seit Bestehen der württ. Wohnungsbauförderung wurden im Ganzen bisher 54 000 Wohnungen erstellt. Die Bewirtschaftung des Wohnraums habe sich allmählich überlebt, aber die Mieter müßten weiter geschützt werden gegen willkürliche Kündigungen und Mietzinssteigerungen. Es sei mißlich, wenn das Reich die Länder zwinge, die Hälfte der bisher für den Wohnungsbau verwandten Mittel der Gebäudeentschuldungssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf zu verwenden, um dafür die Realsteuern zu senken. Ein ganz besonderes Uebel aber sei es, wenn man nun anfangen wolle, auch im Wohnungsbau von Berlin aus einzugreifen. Der Reichszwang, möglichst viele Wohnungen zu bauen, habe Bedenken aus sittlichen und hygienischen Gründen. Der Staatspräsident betonte die gesicherte Stellung, den guten Ruf und die Kreditfähigkeit der Wohnungskreditanstalt und erhoffte auch für 1930 ein günstiges Resultat. Morgen wird die Aussprache über die Große Anfrage vorgenommen.

Antrag der Volksrecht-Partei zum Youngplan im Württ. Landtag angenommen.

Stuttgart, 28. Nov. Der Württ. Landtag hat in seiner Sitzung vom 27. November den Antrag Bauser mit einer Ergänzung von Dr. Hölscher in folgendem Wortlaut angenommen: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in tunlichster Bälde die dringend notwendige Revision des Youngplanes mit seinen die Leistungsfähigkeit Deutschlands weit übersteigenden Lasten zielbewußt in Angriff genommen wird, da die Kriegsschuldlüge als Rechtsgrundlage für die Tributpflicht Deutschlands dient und die Zahlungsfähigkeit mit der angeblichen inneren Entschuldung durch die Inflation begründet wird, kann und muß bei einem Kampf um die Revision des Youngplanes hier in erster Linie der Hebel angesetzt werden. Damit ist zum erstenmale in einem deutschen Parlament der Zusammenhang zwischen der angeblichen inneren Entschuldung aus der Höhe der Reparationsbelastung durch einen mit großer Mehrheit gefaßten Beschluß anerkannt worden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Keine Aufhebung des Fünf-Uhr-Ladenschlusses am heiligen Abend.

Die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Wienbeck, Jaeger-Celle und Timm haben auf ihre Anfrage an die Reichsregierung, ob angesichts der schweren Wirtschaftslage in diesem Jahr der 7-Uhr-Ladenschluß am 24. Dezember zugelassen werde, eine verneinende Antwort erhalten. In der Begründung heißt es, die Befürchtung des Einzelhandels, die Verkürzung der Verkaufszeit könne auch jetzt noch eine empfindliche wirtschaftliche Einbuße bringen, sei nicht begründet. Die Landesregierungen würden ersucht werden, Umgehungen des Gesetzes durch unbefugten Warenverkauf in Gast- und Schankwirtschaften, Friseurgeschäften usw. entgegenzutreten. Im übrigen sei das Gesetz über den Fünf-Uhr-Ladenschluß der Initiative des Reichstags entsprungen und mit großer Mehrheit angenommen worden. Daher sei keine Aufhebung oder Aenderung des Gesetzes geplant.

Mit parlamentarischer Erledigung des Sanierungsprogramms zu rechnen!

Berlin, 28. Nov. Die Entscheidung darüber, ob das Sanierungsprogramm auf parlamentarischem Wege oder durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden soll, ist auch heute noch nicht gefallen. Die für heute abend in Aussicht genommene Sitzung des Kabinetts ist auf morgen nachmittag verschoben worden. Aber auch am Samstag werden noch keine endgültigen Entschlüsse zu erwarten sein; vielmehr wird das Kabinett seine Beratungen voraussichtlich noch am Sonntag vormittag fortsetzen. Der Grund der Verzögerung liegt darin, daß der Reichsrat heute erst noch über das Steuervereinfachungsgesetz zu beraten hat, das bei den ganzen Verhandlungen mit den Parteiführern auch eine Rolle spielt.

Das wahre Polen.

Wir stellen hier zwei Lesefrüchte nebeneinander; sie bedürfen keines Kommentars. Sie erinnern in eindeutigster Weise an die nationale serbische Propaganda, die der Ermordung des österreichischen Thronfolgers vorausging. **Polen will grausamen Krieg gegen Deutschland!** Im dritten Heft der mit Zustimmung Pilsudskis gegründeten „Liga für Großmachtentwicklung Polens", der in erster Linie aktive Offiziere und solche der Reserve der polnischen Armee angehören, stehen folgende Erklärungen:

„Im Kriege mit Deutschland werden keine Gefangenen gemacht werden und es wird kein Platz für menschliche Gefühle irgendwelcher Art sein ... Uns, den Angehörigen der Großmachtliga, fällt die Aufgabe zu, in die polnische Armee den Geist eines erbitterten Kampfes, eines Opfermutes bis zum Fanatismus, ja bis zur Grausamkeit gesteigert, zu tragen." Das ist Polen!

Polens Großmachtforderung. Der Oberstleutnant und Chef der Fortifikationsabteilung im polnischen Kriegsministerium, H. Baginski, hat ein Buch geschrieben: „Polens Zugang zum Meere." In diesem Buch erklärt dieser aktive, an verantwortlicher Stelle im polnischen Kriegsministerium stehende Offizier alles Land bis zur Spree als polnische Erde, er fordert die „Zurückgewinnung" von Ostpreußen und Danzig sowie alles Land ostwärts der Oder. Er schreibt:

„Solange wird nicht Friede in Europa herrschen, bis nicht die polnischen Länder vollkommen an Polen zurückgegeben sein werden, solange nicht der Name Preußen von der Karte Europas getilgt sein wird, solange nicht die Deutschen ihre Hauptstadt von Berlin weiter nach Westen verlegen."

So zu lesen in dem 8. Kapitel des genannten Buches, dessen wichtigste Teile dankenswerterweise das Ostlandinstitut in Danzig als Heft 3 soeben in deutscher Uebersetzung herausbringt.

Demission des Kabinetts Pilsudski.

Warschau, 28. Nov. Nach einem von der polnischen Telegraphenagentur veröffentlichten Communiqué gab auf einer gestern abgehaltenen vertraulichen Sitzung des Ministerrates Marschall Pilsudski einleitend die Erklärung ab, daß er sich gezwungen sehe, zusammen mit dem gesamten Kabinett die Demission einzureichen. Als einziger Grund, der ihn zu diesem Entschluß zwinge, gab Pilsudski seinen Gesundheitszustand an. Er fügte hinzu, daß er von diesem seinem Entschluß dem Staatspräsidenten davon Mitteilung gemacht habe. Der Staatspräsident habe als künftigen Ministerpräsidenten den Vorsitzenden des Regierungsblocks und früheren Ministerpräsidenten Valery Slawek bestimmt. Pilsudski erklärte schließlich, daß er Slawek genügend Zeit für die Bildung des neuen Kabinetts lassen werde und daß das Kabinett seine Demission daher erst dann einreichen werde, wenn das Kabinett Slawek bereits gebildet sein wird.

Bekanntmachung.

Es besteht Veranlassung, die

Kraftfahrzeugbesitzer

auf die bestehenden Abmeldevorschriften hinzuweisen.

Soll ein Kraftfahrzeug zum Verkehr auf öffentlichen Wegen nicht mehr verwendet werden, so hat der Eigentümer dem Oberamt hiervon unter Anschluß des Zulassungsscheins Mitteilung zu machen. Das Kennzeichen ist zur Entstempelung vorzuzeigen; sobald dies geschehen ist gilt das Fahrzeug als abgemeldet.

Geht ein zugelassenes Kraftfahrzeug auf einen anderen Eigentümer über, so hat der bisherige Eigentümer dies unverzüglich dem Oberamt unter Angabe von Name und Wohnort des neuen Eigentümers anzuzeigen. Er hat ferner dem neuen Eigentümer den Zulassungsschein gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen und diese Bescheinigung seiner Anzeige beizufügen. Der neue Eigentümer hat unverzüglich Neuzulassung zu beantragen.

Bei **vorübergehender Abmeldung** (bis zur Dauer von 8 Monaten) genügt es, wenn die Zulassungspapiere und Kennzeichentafeln spätestens am Tag nach Ablauf der Steuerkarte bei der Ortspolizeibehörde abgegeben werden. Diese nimmt die Kennzeichen in Verwahrung und sendet die Zulassungspapiere dem Oberamt ein. Erst wenn dieses geschehen ist, gilt das Fahrzeug als abgemeldet.

Soll das Fahrzeug innerhalb 8 Monaten wieder zugelassen werden, so ist es dem Oberamt vorzuführen. Zu diesem Zweck händigt die Ortspolizeibehörde die Kennzeichen aus.

Den Eigentümern von Kraftfahrzeugen wird in ihrem eigenen Interesse empfohlen, die Abmeldefristen genau einzuhalten, da das Finanzamt im Falle nicht rechtzeitiger Abmeldung Steuernachforderungen erheben muß.

Neuenbürg, den 24. November 1930.

Oberamt:
Schmid, Regierungsrat.

Hinweise.

(Hinweise dürfen sich nur auf Inserate beziehen und werden mit 50 Pfennig die Zeile berechnet.)

Birkenfeld, 28. Nov. Die Freiwillige Feuerwehr gehört dieses Jahr zu den Vereinen, bei denen, der heutigen Notlage entsprechend, keine oder keine reguläre Abendunterhaltung stattfindet. An Stelle einer solchen Abendunterhaltung ladet die Feuerwehrkapelle zu einem musikalischen Abend mit Theateraufführungen auf Sonntag, 7. Dez., abends 7 Uhr, ins Hotel Schwarzwaldrand ein. Da die Kapelle über eine große Auswahl gut geübter Musikstücke leichterer und schwererer Art verfügt, und ihr Können auf einer beträchtlichen Höhe steht, darf jedermann Gutes erwarten. Auch die Aufführungen werden, gut einstudiert, den Abend verschönern helfen. Siehe Inserat in kommender Woche.

Für die
Weihnachts-Bäckerei:
Allerfeinstes
Konfekt-Mehl
in 2 und 5 Pfd.-Beutel
Frische Eier
Mandeln
Haselnußkerne
Kokosflocken
Rosinen
Sultaninen
Corinten
Citronat, Orangeat
Backpulver
Vanillezucker
Staub- und Hagel-Zucker
5 Prozent Rabatt

Lebensmittelhaus Lindemann
NEUENBÜRG -- Telefon 191
(beim Stadtbahnhof)

Praktische
Weihnachts-Geschenke:
Delikateß-Körbe
schön gefüllt, in jeder Preislage.

Prima zarte
Mast-Gänse
Rehe und Hasen
ff. Wurstwaren, Butter und Käse.

An den zwei Sonntagen vor Weihnachten von 11—6 Uhr geöffnet.

Für den
Weihnachts-Tisch:
Frisch gebrannten Kaffee
Tee, Kakao
Schokoladen
Spirituosen
Liköre
Weine
Cigarren
Cigaretten
Tabake
in reizenden
Geschenk-Packungen
mit 10, 20, 25 und 50 Stück Inhalt
5 Prozent Rabatt

So wird der Kuchen stets locker und zart...

Schon beim Verarbeiten freuen Sie sich über die Vorzüge der Rama Margarine. Sie ist außerordentlich fettreich und läßt sich schnell schaumig rühren. Verwenden Sie aber Rama allein, ohne jede Beimischung, dann geht die Masse gut auf und löst sich mühelos von der vorher mit Rama gründlich ausgestrichenen Form. Und der fertige Kuchen schmeckt dank Rama köstlich — zur größten Freude der Hausfrau.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gemeindepflege Birkenfeld.

Bekanntmachung.

Es wird darauf hingewiesen, daß

1. ohne Anweisung der zuständigen Stellen für Rechnung der Gemeinde nichts abgegeben und ausgeführt werden darf;
2. die Rechnungen jeweils monatlich einzureichen sind.

Ausdrücklich wird noch darauf aufmerksam gemacht, daß Rechnungsposten ohne Anweisung **nicht** anerkannt und gestrichen werden.

Birkenfeld, den 28. November 1930.

Gemeindepfleger: Heeß.

Fleckviehzuchtgenossenschaft Neuenbürg.

Eine vom Ausschuß des Fleckviehzuchtverbands bestellte Kommission wird im Laufe des Monats Dezember im Gebiete des Fränkisch-hohenloheschen und Oberschwäbischen Fleckviehzuchtverbandes

Rinder, Kalbinnen, Kühe und Farren

aufkaufen. Feste Bestellungen unter Angabe der ungefähren Preislage, des Geschlechts, Alters und sonstiger Wünsche nimmt der Unterzeichnete bis **6. Dezember d. J.** entgegen.

Der Vorsitzende der Fleckviehzuchtgenossenschaft:
Dr. Sachs, Veterinärrat.

Städt. Frauenarbeitsschule Wildbad.

Anmeldungen

für die am **8. Januar 1930** beginnenden Kurse werden möglichst **bald** erbeten. **Die Schulleitung.**

I. Tageskurse: a) Hand- und Wäschenähen.
b) Kleidernähen. c) Sticken.
Kursdauer: 8. Januar bis 2. April 1931.
Kursgeld: Für Ganztagsschülerinnen RM. 28.—
Für Halbtagsschülerinnen RM. 20.—

II. Nachmittagskurse: a) Wäschenähen.
b) Kleidernähen.
Wöchentlich einen Nachmittag (4 Stunden).
Kursgeld: RM. 10.—.

III. Abendkurse: a) Wäschenähen. b) Kleidernähen.
Wöchentlich zwei Abende je 3 Stunden.
Kursgeld: RM. 15.—

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung versteigere ich am **Montag den 1. Dez. 1930,** nachm. 3 Uhr, in **Herrenalb einen dunkeleichenen Schreibtisch.**

Zusammenkunft beim Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Herrenalb.
J. V.: Nadel.

Beratungsstunde

der Berufsberatungsstelle des Arbeitsamt Pforzheim

am Dienstag den 2. Dezember 1930, nachm. von 3—6 Uhr, in der Nebenstelle des **Arbeitsamts** in **Neuenbürg.**

Gleichzeitig werden Anmeldungen offener Lehrstellen entgegengenommen.

Für Musik-Unterricht

in Klavier und Violine nach bewährter Methode empfiehlt sich

Julie Huber, Rotenbach.

Langjährige Lehrtätigkeit an Konservatorien.
Unterricht nach Wunsch im Haus des Schülers oder außerhalb.

Birkenfeld.

Bitte, nicht übersehen!

Ab **Montag** ist ein **Armaturen-Schlosser** hier, der die angebrachten Wasserhahnen nach einem besonderen Verfahren unreparierbar, daß künftighin das Ueberdrehen und Tropfen beseitigt bleibt. Auch überdrehte Hahnen werden nach diesem Verfahren hergestellt. **Herstellungspreis 70—80 Pfg.**

Meldungen können bei der Geschäftsstelle des Birkenfelder Tagblatts gemacht werden.

Karl Speck, Eutingen (Baden).

Zu haben: In **Neuenbürg** bei: Franz Andräs; Pfannkuch & Co., G. m. b. H.; Wilhelm Rauser, Kolonialwaren. In **Höfen** bei: Hermann Binder, Mehlhandlung. In **Pfinzweiler** bei: Gottlieb Mitschele, Handlung. In **Schömberg** bei: E. Eckstein, Schwarzwald-Drogerie. In **Langenbrand** bei: Ludwig Stauch, Emil Wurster's Nachf., Gemischtwaren. In **Herrenalb** bei: Carl Bechtle, Kolonialwaren, gegenüber dem Kurgarten; Wilhelm König, Inh. W. Lörcher, Kolonialwaren.

Statt Karten.

Karl Seufer
Hildegard Seufer
geb. Haberkamm
geben ihre Vermählung bekannt

Herrenalb — Rheinzabern
29. November 1930

Aerztlicher Sonntagsdienst

am Sonntag den 30. November 1930:

Dr. med. Schmidt, Calmbach,

Telefon Nr. 415 S.-A. Wildbad oder Unfallmeldestelle Neuenbürg.

Empfehle für Weihnachten:

UHREN

aller Art in jeder Preislage und Ausführung

Brillen, Zwicker und Barometer, Tafelbesteck u. Schmuck-Waren

A. Schweikert, Neuenbürg

Alte Pforzheimerstraße.

Linoleum,

der bewährte Fußbodenbelag:

Teppiche, Läufer, Stückwaren

Karl Schönsges

Pforzheim

Oestliche 1 — am Markt

Calmbach.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich die von mir seither betriebene

Bäckerei und Konditorei

in alter Weise weiterführen werde.

Franz Burger, Bäckerei und Konditorei.

Trefzger

MÖBEL

Besichtigen Sie unsere Verkaufsstelle

Pforzheim

Schloßberg 19

Wir bieten Jedem die nie wiederkehrende Gelegenheit, unsere preiswerten * erstklassigen * Erzeugnisse zu **nochmals stark reduzierten Preisen** zu erwerben.

*

SÜDDEUTSCHE MÖBEL-INDUSTRIE GEBR. TREFZGER GM RASTATT

Qualitäts-Backartikel

sind die Grundbedingungen eines schmackhaften Weihnachtsgebäcks.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Am 1. Dezember ds. Js. findet wieder eine

Viehzählung

statt. Alles Nähere ist aus der am Rathaus angeschlagenen Bekanntmachung ersichtlich.

Ratschreiber Schäfer.

Neuenbürg.

Die nächste

Mütterberatungsstunde

findet am **Montag d. 1. Dez. 1930, nachmittags von 2 bis 3 Uhr,** im **Kinderschulgebäude** statt.

Voranzeige.

Die **Freiwillige Feuerwehr Birkenfeld** veranstaltet am Sonntag **den 7. Dez.,** abends 7 Uhr, im **Hotel „Schwarzwaldrand"** einen **musikalischen Abend** mit **Theateraufführungen.**

Die Verwaltung.

Neuenbürg.

Heute

Metzelsuppe

bei

Schäfer z. Felsenkeller.

Neuenbürg.

Leinöl,
Bodenöl,
Bodenlack,
Bodenwichse,
fest und flüssig,
Stahlspäne,
Parkettblocker
empfiehlt preiswert
Carl Mahler.

Neuenbürg.

Union-Briketts

sind eingetroffen und werden am Montag ausgefahren.

Bestellungen ab Bahn und frei Haus nimmt entgegen

G. Bacher, Telef. 99.

Ab Lager

alle gangbaren Brennstoffe

erhältlich. Der Obige.

Zu verkaufen wegen Platzmangel!

Ein eisernes weißes

Bett.

Krumm, Herrenalb/Wtbg., Akazienstr. 77, Schatthalden.

Reißzeuge

jeder Preislage empfiehlt die

C. Meeh'sche Buchhandlung.

Kath. Gottesdienst

in Neuenbürg

am Sonntag, den 30. November
(I. Adventssonntag)
9 Uhr: Predigt und Amt.
2 Uhr: Adventsandacht.

In Birkenfeld

½10 Uhr Predigt und hl. Messe.

„Phankogold"

das Konfektmehl

5 Pfd.-Beutel **1.50** RM.

2 Pfd.-Beutel **-.60** RM.

Unser Mehl wird vor dem Abpacken mit modernsten Spezialmaschinen nochmals **gelockert gereinigt** und **gesiebt** und ist dadurch bedeutend **ausgiebiger** und **backfähiger.**

Feinstes

Auszugmehl

5 Pfd.-Beutel **1.40** RM.

Neue Mandeln

Pfund **1.30** RM.

Neue Haselnußkerne

Pfund **1.—** RM.

Frische Kokosflocken

Pfund **50** Pfg.

Neues Zitronat und Orangeat
Sultaninen
Rosinen

Margarine

Pfund **50** Pfg.

Pflanzenfett

Tafel **48** Pfg.

Gar. reines Schweineschmalz

Sand- und Puderzucker
Hagel- und Streuzucker
Bienenhonig
Kunsthonig, Oblaten
alle Backgewürze
Frische Zitronen

Auf alles 5 Prozent Rabatt!

Pfannkuch

Evang. Gottesdienst

in Neuenbürg.

Sonntag den 30. November
Adventsfest.

½10 Uhr Beichte.
10 Uhr Predigt (Ev. Matth. 21, 1—9; Lied Nr. 131): Dekan Dr. Meyer-Ln.
Gesang des Kirchenchors: „Wachet auf, ruft uns die Stimme" von J. S. Bach.
Im Anschluß an den Vormittags-Gottesdienst Feier des hl. Abendmahls.
Das Opfer ist vorm. und nachm. für den Württ. Gustav-Adolf-Verein bestimmt.
5 Uhr Predigt: Stadtvikar Wurth.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.
In Waldrennach ist am Sonntag ½10 Uhr Gottesdienst mit anschließender Abendmahlsfeier und am Donnerstag abend 8½ Uhr Bibelstunde.